

Kleinliches Polit-Hickhack um Kinderbetreuung unangebracht: Arbeiterkammer fordert gemeinsame Kraftanstrengung

Linz (OTS) - Landesrat Sigl bezeichnet die Daten des gestern veröffentlichten AK-Kinderbetreuungsatlas' als "nicht nachvollziehbar" und spricht in einer Aussendung davon, dass 85,3 Prozent aller Kindergärten ganztägig geführt werden. Wenn "ganztägig" eine tägliche Öffnungszeit von sechs Stunden (also beispielsweise von 8 bis 14 Uhr) bedeutet, hat er damit sogar Recht. Diese Definition ist allerdings fragwürdig.

"Bei einer sechsstündigen Öffnungszeit von Ganztagsbetreuung zu reden, ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer völlig absurd und weltfremd", sagt dazu AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer: "Rechnet man nur 30 Minuten Wegzeiten für das Bringen und Abholen des Kindes, bleiben für eine 'Ganztagsbeschäftigung' maximal fünfeinhalb Stunden. Für viele Eltern ist das Zynismus."

Faktum ist, dass

- nur 49 Prozent der oö. Gemeinden Kindergärten mit Öffnungszeiten Montag bis Donnergtag von mehr als acht Stunden anbieten,
- 51 Prozent aller Kindergärten in Oberösterreich Öffnungszeiten von weniger als acht Stunden anbieten,
- fast 29 Prozent aller Kindergärten bereits vor 14 Uhr und 62 Prozent vor 16 Uhr zusperren,
- 38 Prozent der oö. Gemeinden über kein Essensangebot im Kindergarten verfügen.

Selbst die vom Land OÖ durchgeführte Elternbefragung vom November letzten Jahres ergab, dass mehr als ein Viertel der Eltern von Kindergartenkindern längere Öffnungszeiten als dringend notwendig erachten! Und auch bei den mehr als 3000 Müttern und Vätern, die der AK im September dieses Jahres ihre Erfahrungen und Sorgen mit der Kinderbetreuung mitteilten, waren zu kurze und unflexible Öffnungszeiten neben den langen Ferienschlusszeiten das am öftesten genannte Problem!

Der Entwurf des neuen oö. Kinderbetreuungsgesetz bietet genau für diese Problematik nur eine völlig unzureichende "Lösung". So sind zusätzliche finanzielle Förderungen für Öffnungszeiten von mehr als 33 Wochenstunden nur für die Hälfte aller oö. Gemeinden vorgesehen,

alle anderen Gemeinden müssten Verbesserungen ausschließlich über das Gemeindebudget und über hohe Elternbeiträge finanzieren.

Statt die Situation schön zu reden, fordert die AK eine parteiübergreifende Kraftanstrengung, um Eltern auch aus kleineren Gemeinden endlich eine realisierbare Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Kontakt: Martina Macher, Tel. 050/6906-2190
E-Mail: martina.macher@akooe.at

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich
Kommunikation
Tel.: (0732) 6906-2182
<mailto:presse@ak-ooe.at>
<http://www.arbeiterkammer.com>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0086 2006-11-15/10:29

151029 Nov 06

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061115_OTS0086